

UMBRUCH IN UNGARN.

DIE FIDESZ-KDNP ERREICHT EINE DEUTLICHE ZWEIDRITTELMehrHEIT, DIE SOZIALISTEN WERDEN ABGEWÄHLT

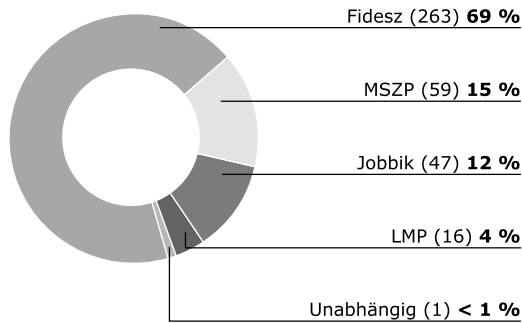
Hans Kaiser

Die ungarischen Parlamentswahlen vom 11. und 25. April haben zu einer grundlegenden politischen Neuausrichtung des Landes geführt. Was die Meinungsforschungsinstitute schon im Spätmommer 2006 voraussahen, bestätigten die ungarischen Wählerinnen und Wähler bei den Parlamentswahlen durch ihre Stimme: Dem oppositionellen Fidesz (Bürgerbund) und dessen Vorsitzenden Viktor Orbán bescherten sie einen eindeutigen Sieg. Orbán übernimmt damit zum zweiten Mal das Amt des ungarischen Ministerpräsidenten, das er zuvor bereits von 1998 bis 2002 innehatte. Es ist ihm gelungen, sein Maximalziel zu erreichen. Die Fidesz-KDNP hat eine deutliche Zweidrittelmehrheit gewonnen. Nachdem man schon im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit erreichte, hat der zweite Wahlgang, der nach dem ungarischen Wahlverfahren im Wesentlichen über die im ersten Wahlgang nicht mit absoluter Mehrheit gewonnenen Mandate entscheidet, eine deutliche Zweidrittelmehrheit für die Fidesz-KDNP gebracht. Im derzeit 386 Sitze zählenden Parlament sind hierfür 258 Mandate notwendig. Gewonnen hat die Fidesz-KDNP 263 Mandate. Es war auch ein Erfolg der überlegenen Mobilisierungsfähigkeit der bürgerlichen Seite. Selbst dort, wo die MSZP im ersten Wahlgang noch eine Mehrheit der Stimmen erzielte, gelang es ihr nicht, die eigenen Anhänger für den zweiten Wahlgang hinreichend zu mobilisieren.



Hans Kaiser ist
Auslandsmitarbeiter
der Konrad-Adenauer-
Stiftung in Ungarn.

Abbildung Nr. 1

Mandate

Quelle: www.valasztas.hu

Dementsprechend verfügt die MSZP im neuen Parlament nur noch über 59 Sitze. Dies bedeutet für den Wahlsieger des Frühjahrs 2006 einen jähen Absturz. Vor vier Jahren war es der Partei noch gelungen, in der Regierungsverantwortung bestätigt zu werden; damals ein Novum. Jetzt, vier Jahre später, verlor die MSZP gut zwei Drittel ihrer bisherigen 188 Mandate. Dabei hatten manche politischen Beobachter – die schwache Regierungsleistung der Sozialisten und ihres linksliberalen Partners SZDSZ im Blick – mit noch stärkeren Verlusten gerechnet. Gleichwohl verhinderten starke traditionelle Bindungen, dass die ungarischen Sozialisten das Schicksal ihrer polnischen Genossen erlebten.

Die ungarischen Sozialisten schafften es immerhin, zweitstärkste Fraktion im Parlament zu werden, was erklärtes Ziel der Rechtsradikalen (Jobbik) gewesen war. Dies hat neben der psychologischen Wirkung vor allem Bedeutung für den Zugriff auf den Vorsitz der Parlamentsausschüsse. Allerdings schafften es die Sozialisten nicht, eine Übernahme des Vorsitzes des Ausschusses für die Nationale Sicherheit und Ordnung durch die Radikalen zu verhindern. Diese Aufgabenzuordnung musste im Nachhinein durch das Eingreifen des neu gewählten Parlamentspräsidenten Pál Schmitt mühsam korrigiert werden. Erst auf seinen Vorschlag hin wurde Jobbik besagter Ausschussvorsitz vorenthalten.

Zu den Unstimmigkeiten war es gekommen, nachdem die MSZP sich mit Jobbik darauf geeinigt hatte, den Sozialisten den Vorsitz des besonders angesehenen Ausschusses für auswärtige Beziehungen zu überlassen. Dafür war die MSZP bereit, Jobbik den Ausschuss für Nationale Sicherheit zu überlassen. Letzterer zeigte prompt, dass die Fraktion bzw. Partei sich eine derartige Chance der Selbstdarstellung nicht entgehen lassen würde: Die Fraktion nominierte eines der Gründungsmitglieder der seit längerem verbotenen Ungarischen Garde für den Vorsitz. Einen Vorgeschmack auf die künftige Haltung seiner Fraktion im Parlament gab der Vorsitzende des Jobbik, Gábor Vona, als er bei der Ablegung des Eides in der konstituierenden Sitzung des Parlaments in Anwesenheit von Staatspräsident László Sólyom die Uniform der Ungarischen Garde trug. Dies wurde als eine unerhörte Provokation wahrgenommen, auf die der Präsident gleichwohl gelassen reagierte.

Bei den Wahlen zum ungarischen Parlament waren 47 Mandate auf Jobbik (übersetzt: „Das Bessere“) entfallen. Die Führung der auf Anhieb neu im Parlament vertretenen Partei war von diesem Ergebnis jedoch erkennbar enttäuscht. Zuvor hatte sich die Erwartung des Vorsitzenden Gábor Vona nicht erfüllt, gleich drei oder vier Sitze im ersten Wahlgang direkt zu erobern. Für die in der zweiten Jahreshälfte anstehende Wahl des Staatspräsidenten hatte sich vor den Parlamentswahlen bereits die Europaabgeordnete von Jobbik, Krisztina Morvai, in Stellung gebracht. Sie versteht es immer, ihre Auftritte medienwirksam zu inszenieren. Ihre angekündigte Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten fand dementsprechenden Widerhall in den Medien. Die Anzahl der von Jobbik erworbenen Mandate reicht für eine Kandidatur jedoch nicht aus.

Einen Vorgeschmack auf die künftige Haltung seiner Fraktion im Parlament gab der Vorsitzende des Jobbik, Gábor Vona, als er bei der Ablegung des Eides in der konstituierenden Sitzung des Parlaments in Anwesenheit von Staatspräsident László Sólyom die Uniform der Ungarischen Garde trug. Dies wurde als eine unerhörte Provokation wahrgenommen, auf die der Präsident gleichwohl gelassen reagierte.

16 Mandate erreichte die Parteinengründung LMP. Bereits aus den Wahlen zum Europäischen Parlament war die Partei mit einem Achtungserfolg hervorgegangen. Nun schaffte sie auf Anhieb den Einzug ins ungarische Parlament. Die LMP versucht grüne Themen anzusprechen und sich hier ein eigenständiges Profil aufzubauen. Zudem verfügt die Partei auch über personelle Verbindungen zu

den bei den Parlamentswahlen untergegangenen Linksliberalen (SZDSZ), denen in der ungarischen Wendezeit Bedeutung zugekommen war. Die in dieser Zeit erworbene Glaubwürdigkeit setzten die Linksliberalen durch ihre Zusammenarbeit mit den Sozialisten als Koalitionspartner aufs Spiel. Eine gewisse Unterstützung kam auch von der Linken (MSZP). Viele enttäuschte Wählerinnen und Wähler der Sozialisten entschlossen sich daher für eine Unterstützung der LMP. Auch ehemalige MDF-Wähler entschieden sich in großer Zahl, die LMP zu unterstützen, da man dort noch eine wählbare Partei zu erkennen glaubte.

Bei den Parlamentswahlen trat zudem noch ein unabhängiger Bewerber an, der nach dem strategischen Verzicht eines Jobbik-Bewerbers im zweiten Wahlgang die Mehrheit in seinem Wahlkreis erhielt und ins Parlament einzog. Es handelte sich um einen ehemaligen Fidesz-Kandidaten, den die Partei nach einer die Roma diskriminierenden Äußerung ausgeschlossen hatte.

DAS NEUE UNGARISCHE PARLAMENT HAT EIN ANDERES GESICHT

Im Verlauf der zurückliegenden Legislaturperiode war oftmals die Annahme geäußert worden, das ungarische Abgeordnetenhaus könne sich in ein Zweiparteienparlament entwickeln; mit einer bürgerlichen Partei auf der einen und den Sozialisten auf der anderen Seite. Die Wähler entschieden sich aber anders und sorgten dafür, dass nun mit Fidesz, KDNP, MSZP, Jobbik und LMP fünf Parteien im Parlament vertreten sind. Allerdings hatten bereits die Wahlen zum Europäischen Parlament Hinweise darauf gegeben, dass Jobbik und möglicherweise auch die LMP im ungarischen Parlament vertreten sein könnten.

Zwei Parteien sind im neuen Parlament nicht mehr vertreten: Zum einen die linksliberale SZDSZ und zum anderen die MDF, die Partei des ersten ungarischen Ministerpräsidenten József Antall. Beide Parteien hatten sich für die Parlamentswahlen zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen. Doch selbst mit diesem Zweckbündnis konnten die Wähler nicht mehr überzeugt werden. Vor allem die MDF, deren Profil zuletzt durch immer neue Kehrtwendungen und Kursänderungen kaum mehr erkennbar

war, wurde von den Wählern abgestraft. Es fehlte die klare politische Ausrichtung und ein programmatischer Bezug zu den Richtlinien des früheren Ministerpräsidenten Antall. Ende des Jahres 2009 verließ die MDF zudem die Europäische Volkspartei und schloss sich der neu geschaffenen europaskeptischen Gruppe um David Cameron an. Als letzten Spitzenkandidat für die Parlamentswahlen nominierte die MDF Lajos Bokros, den ehemaligen sozialistischen Finanzminister des Kabinetts Horn. Jedoch vollzogen die Wählerinnen und Wähler diesen Schritt nicht mehr nach. Die Vorsitzende des MDF, Ibolya Dávid, erklärte noch am Wahlabend der ersten Runde ihren Rücktritt vom Parteivorsitz.

Die Wahlbeteiligung entsprach mit 64 Prozent im ersten und 46,64 Prozent im zweiten Wahlgang den Erwartungen.

Für viele der gut acht Millionen ungarischen Wähler war die Wahl nach dem ersten Durchgang und der hier schon erkennbaren absoluten Mehrheit der Fidesz-KDNP bereits entschieden. Die gelungene Mobilisierung der Fidesz-Wähler auch im zweiten Wahlgang lässt gleichwohl Rückschlüsse auf eine extrem hohe Mobilitäts- und Kampagnenfähigkeit des Wahlsiegers zu. Dies dürfte auch im Herbst bei den Kommunalwahlen von Entscheidung sein. Da im zweiten Wahlgang von 57 noch offenen Wahlkreisen 54 von Fidesz gewonnen wurden, kann von einem klaren Signal gesprochen werden.

Zwei Parteien sind im neuen Parlament nicht mehr vertreten: Zum einen die linksliberale SZDSZ und zum anderen die MDF, die Partei des ersten ungarischen Ministerpräsidenten József Antall. Beide Parteien hatten sich für die Parlamentswahlen zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen. Doch selbst mit diesem Zweckbündnis konnten die Wähler nicht mehr überzeugen werden.

Die bisherige MSZP-Mehrheitsfraktion konnte im zweiten Wahlgang nicht einmal in den traditionell den Sozialisten nahe stehenden Wahlkreisen genügend Wähler mobilisieren. Selbst wenn von konservativer Seite eine noch schlimmere Niederlage der MSZP für möglich gehalten wurde – so ist das Wahlergebnis für Ungarns Sozialisten doch ein deutliches Zeichen für die katastrophale Bewertung ihrer Amtsführung der letzten Jahre durch die Bevölkerung.

KONSEQUENZEN NACH DER WAHL

MDF hatte nach der katastrophalen Niederlage beim ersten Wahlgang mit dem Abgang der langjährigen Vorsitzenden und früheren Justizministerin Ibolya Dávid personelle Konsequenzen gezogen. Auch die Vorsitzende der Sozialisten trat unmittelbar nach der Bekanntmachung des vorläufigen Endergebnisses am Abend des zweiten Wahlsonntags von ihrem Amt zurück. Den Nachfolger soll ein Kongress noch vor der Sommerpause bestimmen. Diese personelle Umstrukturierung stellt eine Vorentscheidung über den künftigen Weg der MSZP dar. Möglicherweise könnte die Partei sogar einen anderen Namen bekommen. Dies hängt auch davon ab, welche Position der Kandidat der MSZP für das Amt des Ministerpräsidenten, Attila Mesterházy, einnehmen wird. Zudem werden dem früheren Ministerpräsidenten, Ferenc Gyurcsány, den viele Analysten und Beobachter für den Niedergang der Partei verantwortlich machen, Ambitionen auf ein politisches Comeback nachgesagt. Gyurcsány ist seit seinem Abschied aus dem Amt des Ministerpräsidenten Vorsitzender der MSZP-nahen Táncsics-Stiftung. Als Vierter der MSZP-Landesliste verfügt er auch im neu gewählten ungarischen Parlament über einen sicheren Sitz.

Auch Attila Mesterházy, Ministerpräsidentenkandidat der MSZP, setzte noch am Wahlabend ein Zeichen, indem er mit Blick auf das schlechte Abschneiden seiner Partei eine nahezu programmatische Rede hielt. Das war erstaunlich, denn der junge Kandidat war für viele bis dahin eher als Platzhalter für einen noch zu bestimmenden Nachfolger betrachtet worden, um nach dem bereits vorhersehbaren schlechten Wahlergebnis sang- und klanglos zu verschwinden. Doch dies war überraschenderweise nicht der Fall.

STEHT DIE MSZP VOR EINER SPALTUNG?

Ferenc Gyurcsány musste bereits im Vorfeld der konstituierenden Sitzung des Parlaments etliche Niederlagen einstecken. Die MSZP lässt sich nicht mehr nach Belieben von ihm dirigieren. Das gilt zumal für die aufgrund des Wahlergebnisses stark geschrumpfte Fraktion. Neuer Fraktionsvorsitzender wurde Attila Mesterházy, was Ferenc

Gyurcsány freilich nicht daran hinderte, eine über dreißig Seiten starke Analyse des Wahlergebnisses anfertigen zu lassen und der Öffentlichkeit zu präsentieren, womit er sich selbst erneut in den Vordergrund zu rücken suchte. Seine Analyse des gegenwärtigen Zustands der Partei und ihres Wahlkampfes (welcher immerhin ohne seine Führung geführt worden war) fiel vernichtend aus: „Die Führung der MSZP tratscht wie eine Versammlung plappernder alter Weiber [...]. Die MSZP kann heute kaum noch gesteuert werden.“ In zweiunddreißig Punkten urteilte der frühere Ministerpräsident und MSZP-Vorsitzende scharf über die Politik seiner Parteifreunde. So höhnte er, dass nicht die Parteiführung das Sagen habe, sondern eher der „informelle Kassenwart“ oder „ein paar kleinere Kassenbesitzer“. Dies gipfelte in der Schlussfolgerung: „Der Fidesz hat gesiegt, aber wir haben uns selbst geschlagen.“ Eine solch forschende Analyse erwartete man wohl kaum von einem Mandatsträger, zumal sich Gyurcsány unkritisch in der Beurteilung der eigenen politischen Leistung zeigte. Die inhaltliche Entwicklung und nicht zuletzt die personelle künftige Orientierung der sozialistischen Partei bleibt somit spannend. Gyurcsánys Freunde und Anhänger fordern schon jetzt lautstark eine „wichtige Funktion“ für ihn in der Führung der Partei. Er steht also keineswegs allein, wie manche Entscheidung der jüngsten Zeit vermuten ließ. Gleichwohl hat Gyurcsány keinen Grund, die Entscheidung um die Führung jetzt zu suchen. Es scheint ihm vielmehr um die Schwächung seines wahrscheinlichen Nachfolgers als Parteivorsitzender, Mesterházy, zu gehen, der schon zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde und derzeit das Land bereist, um Anhänger für sich und seine „Neue Linke“ zu suchen. Dieser hatte sich im Wahlkampf weit besser geschlagen, als ihm zugetraut wurde. Am Ende dieses Zwistes könnte freilich auch die Spaltung der MSZP stehen. Bislang ist es bei den aus den Kommunisten der Vor-Wende-Zeit hervorgegangenen ungarischen Sozialisten – im Gegensatz zur Entwicklung in anderen postkommunistischen Ländern – nicht zu einer Abspaltung gekommen. Zwanzig Jahre nach der Wende und unmittelbar nach ihrer zwölfjährigen Regierungszeit könnte für die Sozialisten nun ein solches Szenario Realität werden.

MDF hatte nach der katastrophalen Niederlage beim ersten Wahlgang mit dem Abgang der langjährigen Vorsitzenden und früheren Justizministerin Ibolya Dávid personelle Konsequenzen gezogen. Auch die Vorsitzende der Sozialisten trat unmittelbar nach der Bekanntmachung des vorläufigen Endergebnisses am Abend des zweiten Wahlsonntags von ihrem Amt zurück.

DER ZWEITE WAHLGANG

Abbildung Nr. 2
Wahlergebnisse

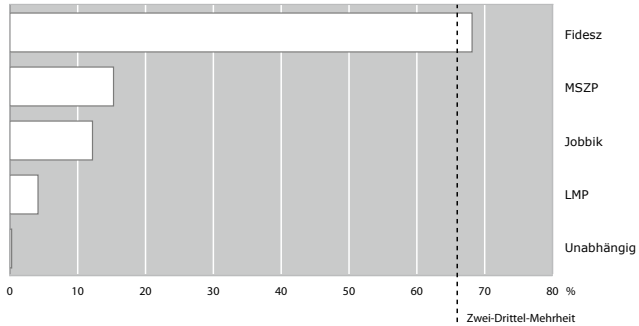
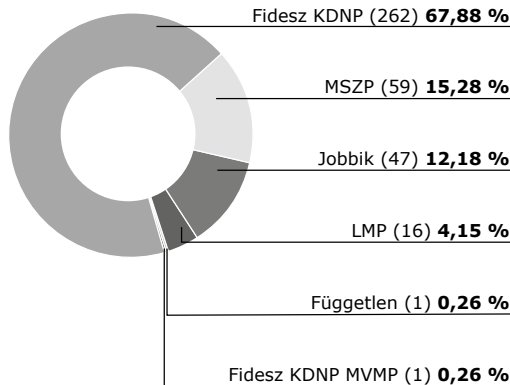


Abbildung Nr. 3



Quelle Abb. Nr. 2 und 3: www.valasztas.hu

DAS VERTRAUEN DER WÄHLER NICHT ENTTÄUSCHEN

Für den künftigen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und seine Partei kommt es nunmehr darauf an, das in sie gesetzte enorme Vertrauen der Wähler nicht zu enttäuschen. Die Aufgaben sind gigantisch und die Erwartungen hoch. Vor allem weiß Orbán, dass mit seiner Wahl zum neuen ungarischen Ministerpräsidenten die Staatskasse nicht automatisch gefüllt wird. Der Wahlsieger genießt den Vertrauensschub, den die ungarische Politik und Gesellschaft braucht, um eine Zukunftsperspektive zu haben. Das Votum beider Wahlgänge hat daran keinen Zweifel gelassen. Es gab – von der Anzahl der Mandate her – bisher keinen vergleichbaren Wahlsieg. Die früher einmal

im ungarischen Parlament zustande gekommene Zweidrittelmehrheit ergab sich erst durch einen Zusammenschluss nach den Wahlen. Bei der jüngsten Wahl ist jedoch ein Wahlsieger von den Wählerinnen und Wählern selbst mit einer komfortablen Zweidrittelmehrheit ausgestattet worden. Umfragen, die zwischen dem 28. April und 1. Mai durchgeführt wurden, haben auf einen großen Optimismus hinsichtlich der Lösung anstehender Probleme durch die neue Regierung schließen lassen. Dies bezieht sich auf Verbesserungen sowohl im Bereich der inneren Sicherheit als auch der Lage der Wirtschaft oder der Finanzen. Von daher gibt es gleichermaßen gute Voraussetzungen, tatsächlich schnell und für die Menschen erfahrbar eine Wende herbeizuführen. Das ist auch nötig, denn die großen Probleme werden sich nicht über Nacht lösen lassen.

Für den künftigen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und seine Partei kommt es nunmehr darauf an, das in sie gesetzte enorme Vertrauen der Wähler nicht zu enttäuschen. Die Aufgaben sind gigantisch und die Erwartungen hoch. Vor allem weiß Orbán, dass mit seiner Wahl zum neuen ungarischen Ministerpräsidenten die Staatskasse nicht automatisch gefüllt wird.

Viktor Orbán wird seine Mehrheit benötigen, um die von ihm umrissenen Ziele zügig zu erreichen. Zugleich wird sich der Erfolg seiner Amtszeit und auch deren Dauer nicht zuletzt daraus ergeben und daran messen lassen, wie maßvoll er mit seinem Sieg umgeht. An den Wahlabend präsentierte er sich als Wahlsieger, der seine Anhänger den Sieg aus vollem Herzen feiern ließ. Er selbst machte freilich unmissverständlich deutlich, welche Leistungen vonnöten sind, um die Hinterlassenschaften der Sozialisten aufzuarbeiten. Orbáns Botschaft war klar: In Ungarn hat mit dieser Parlamentswahl ein bitter nötiger „Systemwechsel“ stattgefunden, der ansonsten nur durch eine Revolution oder durch einen Umsturz hätte erreicht werden können. Mit dieser Wahl und dem Wahlsieg der Fidesz-KDNP ist es gelungen, die „Oligarchen“ aus ihren Ämtern zu vertreiben. Orbán war sich der Dimension seines Sieges durchaus bewusst. Er hatte ihn in dieser Größe auch immer wieder eingefordert: Die „Säuberung des öffentlichen Lebens von Korruption und Misswirtschaft“, die Initiierung durchgreifender Reformen und die rasche Überwindung der Krise erforderten die Rückendeckung durch eine große Mehrheit. Es sei notwendig, die unerträglichen Konflikte im Interesse des Landes so schnell wie irgend möglich zu beenden. Eine große Mehrheit müsse dafür sorgen, diese Aufgaben schnell und effizient zu lösen.

DIE VORHABEN ZÜGIG UMSETZEN

Beabsichtigt ist vor allem, mit Hilfe der Zweidrittelmehrheit ein Gesetz über das Wahlrecht, ein Mediengesetz und ein Gesetz über die Kommunalverwaltungen auf den Weg zur bringen. Ferner soll eine Gesetzesänderung zur Lösung der Frage der Staatsbürgerschaft der außerhalb der Landesgrenzen lebenden Ungarn vorangetrieben werden.¹ Bei letzterer muss sich freilich zeigen, wie taktisch geschickt die neue Regierung mit dem Thema der doppelten Staatsbürgerschaft umgeht und welche Prioritäten sie setzt. Orbán ist wohl an seine Zusagen vor der Wahl zu dieser Thematik gebunden. Die Frage ist ein Reizthema in der Region, ungeachtet der Tatsache, dass auch andere Staaten entsprechende Regelungen mit Blick auf die außerhalb der jeweils eigenen Landesgrenzen lebenden Bürger haben. Zugleich darf Orbán die extremen Rechten nicht aus den

Beabsichtigt ist vor allem, mit Hilfe der Zweidrittelmehrheit ein Gesetz über das Wahlrecht, ein Mediengesetz und ein Gesetz über die Kommunalverwaltungen auf den Weg zur bringen. Ferner soll eine Gesetzesänderung zur Lösung der Frage der Staatsbürgerschaft der außerhalb der Landesgrenzen lebenden Ungarn vorangetrieben werden.

Augen verlieren. Er muss mit entschlossenem Regierungshandeln zeigen, dass es keiner Extremisten bedarf, um dringend anstehende Reformen im Land umzusetzen. Schon bald naht mit den Kommunalwahlen im Herbst ein Termin, der nach dem überwältigenden Sieg bei den Parlamentswahlen als weiterer Stimmungstest angesehen werden kann. Dies ist auch deshalb wichtig, weil die

Regierung darauf achten muss, in den Komitaten keine Blockierer ihrer Maßnahmen zu haben. Vor allem darf Jobbik nicht weiter an Zulauf gewinnen.

Orbán wird seine Zweidrittelmehrheit wohl auch nutzen, um das Parlament Ungarns der Bevölkerungszahl entsprechend zu verschlanken. Eine entsprechende Entscheidung ist im Parlament bereits gefallen. Ab dem Jahr 2014 werden nur noch 200 Abgeordnete im Parlament vertreten sein. Gegenwärtig umfasst das Parlament noch 386 Sitze. Ein ähnliches Schrumpfungsverfahren wird auch auf die Räte und „Parlamente“ in den Kommunen und Städten zukommen. Eine Änderung des Mediengesetzes soll zudem ermöglichen, die seit Jahren vakante Position des Präsidenten des ungarischen Fernsehens neu zu besetzen. Auch eine Überarbeitung des Polizeigesetzes ist notwendig, um die

1 | Dieses Gesetz hat bereits das Parlament passiert und wurde mit überwältigender Mehrheit, auch mit vielen Stimmen der Sozialisten, angenommen.

Präsenz und Wahrnehmung der ungarischen Polizei in der Öffentlichkeit spürbar zu verbessern. Hier sieht die neue Regierung entschiedenen Handlungsbedarf. Die offenkundigen Lücken in der inneren Sicherheit, die fehlende Präsenz staatlicher Ordnung und Gewalt ist eine wesentliche Ursache dafür, dass sich die mit Jobbik eng verbundene Ungarische Garde eine so starke Position in Ostungarn schaffen konnte. Die Garde besetzte die Lücke, die das Fehlen staatlicher Ordnungsmacht und staatlicher Sicherheit geschaffen hatte. Dies alles muss sich im Interesse des Landes dringend ändern. Orbán hatte versprochen, dass sich die Sicherheitslage des Landes bereits wenige Tage nach Antritt seiner Regierung durch erkennbare Maßnahmen entscheidend verbessern werde. Den Bürgern Sicherheit von Staats wegen zu bieten, ist ein gangbarer Weg, um den Extremisten die Existenzgrundlage zu entziehen. Freilich ist das Versprechen groß; doch groß sind auch die Erwartungen.

Am 1. Juli soll ein dreijähriges Steuer-senkungsprogramm gestartet werden. Fidesz möchte von den derzeit geltenden 52 Steuergattungen zwölf bis 16 streichen oder zumindest zusammenfassen.

Die neue Regierung wird eine im Vergleich zu den früheren Regierungen stark veränderte, durchaus gewöhnungsbedürftige Struktur haben. Es wird lediglich acht Ministerien geben, die in von Staatssekretären geleitete Aufgabengebiete untergliedert sind. Noch nie gab es so wenige Minister in einer ungarischen Regierung. Es war die schnellste Regierungsbildung seit der Wende. Seit dem 29. Mai ist Viktor Orbán ungarischer Ministerpräsident und die neue Regierung hat ihre Arbeit unmittelbar aufgenommen. Orbán hat keine Zeit verloren.

Nach und nach gibt sich auch die Zielrichtung der neuen Regierung zu erkennen. Auf die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten darf man gleichwohl gespannt sein. Orbán hat gut daran getan, bereits im Vorfeld der Wahlen zu sagen, in welche Richtung eine Regierung unter seiner Führung gehen wird. Geschickt war es jedoch auch, noch kein Regierungsprogramm vor Amtsantritt vorzulegen. Um Vertrauen hatte er hierbei vor allem mit seiner Person geworben.

Am 1. Juli soll ein dreijähriges Steuersenkungsprogramm gestartet werden. Fidesz möchte von den derzeit geltenden 52 Steuergattungen zwölf bis 16 streichen oder zumindest zusammenfassen. Der neue Wirtschaftsminister György Matolcsy geht davon aus, dass die Steuerbelastung der Ungarn um rund ein Drittel gesenkt wird. Vor allem sollen Bereiche entlastet werden, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Matolcsy kündigte u.a. die Auflage eines zweiten Széchenyi-Planes an. Mit dem ersten gleichlautenden Plan hatte Orbán in seiner ersten Regierungszeit erhebliche wirtschaftliche Erfolge für das Land erreicht. Die Neuauflage dieses Planes weckte in der ungarischen Bevölkerung ausgesprochen positive Erwartungen.

Auch im Vollzug der doppelten Staatsbürgerschaft, eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung, zeichnen sich Konturen ab. János Martonyi, der neue Außenminister, machte klar, dass es keinen Automatismus geben werde. Die Staatsbürgerschaft sei zu beantragen. Es werde nicht

Die neue Regierung wird Wert auf eine gute Kommunikationsstrategie legen müssen. Sie hat ihren Wählerinnen und Wählern stets neu zu verdeutlichen, dass sie „anders“ ist und „anders“ arbeitet als die abgewählte Regierung.

in kürzester Zeit ein paar Millionen „neue“ ungarische Staatsbürger geben. Auch werde mit einer doppelten Staatsbürgerschaft nicht automatisch ein ungarisches Wahlrecht verbunden sein. Dies sei auch in Zukunft an einen ständigen Wohnsitz in Ungarn gebunden.

Martonyi, der ebenfalls – wie Matolcsy – im ersten Kabinett Orbán als Minister tätig war, soll als Garant für eine verlässliche und berechenbare Außenpolitik dienen. Gewiss soll auch er mit dafür Sorge dafür tragen, dass die ungarische EU-Ratspräsidentschaft, die für das erste Halbjahr 2011 ansteht, ein Erfolg wird. Der neue Ministerpräsident will zeigen, dass das Land unter einer entsprechenden Regierung durchaus in der Lage ist, seinen guten Ruf zurückzugewinnen, den es beim Eintritt in die Europäische Union genossen hatte.

SOLIDE KOMMUNIKATION IST VONNÖTEN – NACH INNEN UND NACH AUSSEN

Die neue Regierung wird Wert auf eine gute Kommunikationsstrategie legen müssen. Sie hat ihren Wählerinnen und Wählern stets neu zu verdeutlichen, dass sie „anders“ ist und „anders“ arbeitet als die abgewählte Regierung. Diese hatte sich immerhin selbst bezichtigt, das Volk getäuscht

und betrogen zu haben. Die neue Regierung muss zudem klar zu erkennen geben, dass die Altlasten der sozialistischen Regierung nicht von „heute auf morgen“ abgebaut werden können. Vor allem wird man sich darum bemühen müssen, noch mehr Menschen im Land zu überzeugen als die, die der neuen Regierung jüngst ohnehin ihre Stimme gegeben haben. Eine Mehrheit der ungarischen Bevölkerung ist notwendig, die über Parteigrenzen und altes Denken hinweg in den wichtigen Fragen des Landes und der Nation einen gemeinsamen Nenner und eine gemeinsame Basis sucht.

Solide Kommunikation nach innen und außen wird einer der Schlüssel zum Erfolg der neuen Regierung sein. Die Berichterstattung vor der Wahl und nach den beiden Wahlgängen ließ dies größtenteils bereits erkennen. Die internationalen Medien werden mit Blick auf die zweite Regierung Orbán zunächst sicher eine eher kritische Stellung einnehmen. Auch und gerade in Deutschland ist in der Vergangenheit einiges getan worden, um Fidesz und den künftigen Ministerpräsidenten Viktor Orbán medial in einem negativen Licht zu zeichnen. Es bleibt zu hoffen, dass sich im Laufe der nächsten Monate zeigen wird, dass dieses Bild nicht der Wirklichkeit entspricht. Gleichwohl wird es noch Zeit und solide Arbeit der neuen Regierung brauchen, um den notwendigen Imagewechsel herbeizuführen. Ungarn hat eine große Chance, die sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem deutlichen Votum für die Wende selbst eröffnet haben.